

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

31 (6.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252428](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252428)

Norddeutsches Volksblatt.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate: die viergespaltene Seite
10 g., bei Wiederholungen Rabatt.
Vertheilungsliste Nr. 6559.

Organ für Vertretung
der Interessen des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Saut, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 M.
für 2 Monate 1,40 „
für 1 Monat 0,70 „
excl. Postbefreiung.

Nr. 31.

Saut, Mittwoch den 6. Februar 1895.

9. Jahrgang.

Politische Freiheit und sozialer Fortschritt.

Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. R. v. Wangolt im „Sozialpol. Zentralbl.“ eine Studie zur Umkehrvorlage, der wir einige Stellen entnehmen. Wangolt äußert sich: „Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus! Fürsorge für den Arbeiter! Durchführung sozialer Reformen! — Es giebt heute kaum eine Regierung oder Partei in Deutschland, die sich nicht dieses Programm zu eigen gemacht hätte. Aber merkwürdig: die meisten der Regierungen und Parteien, die sich in solcher Weise für das Wohl der Arbeiterklasse erklären, versuchen immer wieder das, worauf die Arbeiterklasse selbst gerade den allergrößten Werth legt, die politische Freiheit, zu beschränken. Dieselbe Regierung, welche die große Verfassungsgebung erließ, verlegte der politischen Freiheit durch das Sozialistengesetz einen furchtbaren Schlag; dieselben konservativen Regierungen, welche nicht müde werden, sich für jene oben angeführten Gedanken in's Zeug zu legen, stehen eifrig gegen das allgemeine Wahlrecht und die Freiheit der sozialistischen Presse zu Felde; dieselben Parlamentarier, die von Wohlwollen für den Arbeiter überfließen, sind für weitgehende Beschränkungen der politischen Freiheit nach den verschiedensten Richtungen zu haben; dieselbe letzte Thronrede im Reichstag, welche es als „die vornehmste Aufgabe des Staates“ hinstellte, „die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höheren wirtschaftlichen und sittlichen Entwicklung zu verhelfen“, kündigte auch die Umkehrvorlage an. Jedermann fühlt, daß in einer solchen Stellungnahme ein großer innerer Widerspruch steckt. Es ist demgegenüber sehr an der Zeit, einmal auf den innigen Zusammenhang hinzuweisen, in dem politische Freiheit und sozialer Fortschritt stehen.“

Was ist politische Freiheit? Das läßt sich kaum allgemeinlich beantworten, aber wir alle wissen doch, worin sie unter unseren Verhältnissen besteht und worum es sich handelt. Sie besteht vor allem in der Freiheit der Meinungsäußerung, in der Freiheit, seine Gedanken ungehindert in Wort und Schrift auszusprechen und zwar nicht bloß vereinzelt und gelegentlich, sondern gerade auch planmäßig, systematisch, agitatorisch. Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind auf diese Weise notwendige Bestandtheile der politischen Freiheit, ebenso wie die Freiheit, durch Vereinigungen dauernde Pfleger und Träger bestimmter Ideen zu schaffen. Sie besteht weiter in der Anteilnahme des Volkes an der Regierung, und in entwickelteren Staaten sogar in der völligen Beherrschung derselben durch das Volk, also vor allem in dem Wahlrecht in Kirche, Staat, Gemeinde und den Vorrechten der betreffenden Körperschaften.

Sie besteht endlich noch in gewissen anderen einzelnen

Rechten und Einrichtungen, wie der Freiheit der Gerichte, dem Koalitionsrecht der Arbeiter u. s. w., die zwar nicht einen so allgemein gültigen Charakter tragen, wie jene beiden ersten Gruppen von Rechten, gleichwohl aber gerade heute von großer Wichtigkeit sind.

Ähnlich wie mit der politischen Freiheit geht es uns mit dem sozialen Fortschritt. Auch ihn können wir schwerlich in einem Satze allgemein definieren, und doch wissen wir alle, worum es sich handelt. Eine Widerberst von Volksgenossen unterdrückt und beutet aus die große Mehrheit der übrigen; das Mittel dazu bieten ihr gewisse Privilegien: in früheren Zeiten der Besitz von Sklaven, Leibeigenen u. s. w., gegenwärtig das Privateigenthum an den Produktionsmitteln und eine vorherrschende gesellschaftliche Machtstellung.

Die allmähliche Verringerung dieses Druckes und dieser Ausbeutung, die Herbeiführung einer gerechteren Einkommensvertheilung, dann in Folge von alledem ein besseres und freundschaftlicheres Verhältnis der einzelnen Bevölkerungsschichten zu einander und die Erzielung eines blühenderen, kraftvolleren Zustandes des ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens einer Nation — dies ist sozialer Fortschritt. Und wie verhalten sich nun politische Freiheit und sozialer Fortschritt zu einander? Die erstere ist die notwendige Grundlage des letzteren — wenigstens was unsere Verhältnisse anbelangt.

Wenn ein friedlicher sozialer Fortschritt erzielt werden soll, so ist es notwendig, daß die herrschenden Klassen durch eine rückhaltlose Kritik immer wieder und wieder auf das Unbefriedigende des bestehenden Zustandes aufmerksam gemacht, durch eine große Volksbewegung angereizt und durch die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ständig wachsende Macht der Opposition schließlich in gewissem Sinne gezwungen werden. Dann allerdings, unter diesen Voraussetzungen, mag auch ihr eigenes humanes Wohlwollen ein schweres Gewicht zu Gunsten des sozialen Fortschritts in die Waagschale werfen. Wer also wirklich den sozialen Frieden will, der gebe und erhalte die politische Freiheit. Ohne sie bleibt nur die Wahl zwischen revolutionärer Gewalt oder einer dumpfen Stagnation, unter der schließlich das Leben der obersten Klassen mit dem der unteren verfaßt und vermorcht. Und wer sie angreift, den wird man, so lange es noch richtig ist, die Menschen nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Thaten zu beurtheilen, mit Recht als einen Feind des sozialen Fortschritts bezeichnen, wie sehr er sich auch mit feiner Arbeiterfreundlichkeit brüsten mag.

Was so die psychologische Betrachtung lehrt, das bestätigt die geschichtliche Erfahrung. Man kann lange in der Geschichte herumspazieren, und man wird kaum ein Beispiel einer herrschenden Klasse aufzählen, die in keiner Weise gezwungen, aus reinem Wohlwollen, wesentliche

soziale Fortschritte in's Werk gesetzt hätte. Allerdings bestand der Zwang nicht immer nur in dem Druck der unteren Klassen, aber es war doch immer ein Zwang. Dagegen hat uns die Geschichte eine lange Reihe von Beispielen aufbewahrt, wo die herrschende Klasse ihre politische Macht einerseits und die politische Ohnmacht der unteren Klassen andererseits dazu benutzte, diese letzteren in scham- und rücksichtsloser Weise zu unterdrücken und auszubuten. Als der alte Adel und die neu aufgekommene Nobilität im alten Rom erst mit Hilfe des hauptsächlichsten Heils des alten Rom erst mit Hilfe des hauptstädtischen Adels das Forum beherrschten, wozu haben sie ihre Macht benutzt? Dazu, die Nachkommen jener freien Bauern, welche die samnitischen und die punischen Kriege geschlagen, von Haus und Hof zu jagen und Italien in einen großen Sklavenzwinger zu verwandeln! Und wozu hat 1700 Jahre später der Stand der adeligen Grundbesitzer im Norden und Osten Deutschlands seine politische Vormacht gebraucht? Gleichfalls wieder zum Bauernlegen? Die fürchterliche Auspressung und Ausraubung des französischen Volkes vor der großen Revolution durch die politisch herrschenden Schichten, den Hof, den Adel, die Geistlichkeit ist bekannt; und bekannt ist auch, wie in fast allen modernen Kulturstaaten die neu aufgekommene Bourgeoisie ihre Macht und ihren Einfluß zunächst dazu gebraucht hat, die Klasse der industriellen Arbeiter in fürchterlicher Weise auszubuten. Und umgekehrt zeigt uns gerade die neuere und neueste Geschichte, wie die Benützung der politischen Freiheit durch und im Interesse der sozial zurückgefallenen Klassen im Stande ist, deren Lage zu verbessern. In England hat sich im Laufe dieses Jahrhunderts eine große Arbeiterkraft aus Roth und Elend herausgearbeitet und für andere, noch viel breitere Schichten sind große soziale Reformen im Zuge. Und die Mittel dazu bot und bietet die politische Freiheit, die es den Arbeitern ermöglichte, sich durch alle möglichen Assoziationen, vor Allem durch den Kampf der Gewerkschaften, selbst zu helfen, die es ermöglichte, durch eine ungeheure literarische Agitation die Vorurtheile der oberen Klasse zu erschüttern und den Staat zum Einschreiten auf dem Wege der Gesetzgebung zu bewegen, die politische Freiheit, die durch Erwerbung des Wahlrechts den Arbeitern zu einem immer mächtigeren Faktor im Staatsleben gemacht hat. Für Italien hat Prof. Dr. Werner Sombart in Brauns Archiv, Jahrgang 1893, den interessanten Beleg für den Zusammenhang zwischen politischer Freiheit, hier speziell Koalitionsrecht und sozialem Fortschritt gebracht. Darnach sind die Löhne gewisser italienischer Arbeiterkategorien merklich in die Höhe gegangen, seit sie angefangen haben, die Koalitionsfreiheit zu benutzen. Aber warum in die Ferne schweifen? haben wir doch das beste Beispiel bei uns selber! Es ist nicht anzunehmen, daß wir Arbeiterversicherung, Arbeiterlohn, Gewerbesteuer

es deren drei, sie können nicht einmal den Finger durch die Zellen, Fenster“ rücken.

In jedem dieser dunklen Käfige sind 5 Personen eingesperrt, welche Gölle!

„Treten Sie ein, Madame, der Herr will sie sprechen“, sagte ein Aufseher.

Sie betrat das Bureau.

Der Direktor, ein Mann mit harten Gesichtszügen empfing sie lebend, er wandte sich an den Oberaufseher.

„Das ist wohl Nr. 4237 im Lazareth, kann er nicht zur Besichtigung kommen?“

„Nein, Herr Direktor.“

„Madame, wie Sie hören, ist Ihr Mann krank, Sie können ihn jetzt nicht sehen, vielleicht ist er in einigen Tagen soweit hergestellt.“

„Krank, was heißt ihm?“ rief die arme Frau aus.

„Dann lassen Sie mich nach dem Lazareth führen.“

„Unmöglich, durchaus unmöglich. Das verbietet unser Reglement. Das Gesetz ist für Alle gleich, eine Frau darf niemals das Gefängnis betreten. Sie werden ihn sehen, wenn er wieder hergestellt ist.“

„Aber mein Herr, ich komme aus weiter Ferne, meine wenigen Mittel gestatten kein Verbleiben auf mehrere Tage.“

„Das geht uns nichts an, das Reglement verbietet es und ich kann nichts daran ändern. Sie müssen solange auf das Wiedersehen verzichten, bis er im Stande ist, zu gehen.“

„Ich beschwöre Sie, mein Herr . . . ist er schwer krank, was heißt ihm?“

„Er hat die Lunzengelenk- oder Blatterdrehen, ich weiß es nicht genau.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Frau der Nr. 4237.

Von Sophie Kropotkin. Aus dem Französischen von R. Berg. 1. Fortsetzung.

„Wenn Sie sich an den Direktor, Madame“, erwiderte der Wächter, „er ist aber abwesend, jedoch hat er einen Stellvertreter.“

„Kann ich ihn sprechen?“

„In einer Viertelstunde wird er von seiner Beschäftigung zurück sein. Ich werde Ihre Papiere übergeben. Nehmen Sie inzwischen auf einer Bank Platz.“

Eine Viertel, eine halbe Stunde vergeht, die Frau des Gefangenen ist an das Wort gewöhnt, sie denkt darüber nach, was sie ihrem Gatten Alles sagen will. Sozialen Reueigkeiten hat sie ihm mitzuteilen, und die Zeit des Wiedersehens ist so kurz, kaum eine halbe Stunde!

Wie viele Male hat sie in ihrer Dachwohnung, als sie sich zur Ruhe bingelagert, das wiederholt, was sie ihm sagen wollte; jedes Wort hatte sie sich eingeprägt und jetzt hatte sie Alles wieder vergessen.

Ich werde ihm sagen, wie innig ich ihn liebe, mehr noch als früher, daß ich nur für ihn lebe. Ich darf ihn nicht wieder lassen, was ich Alles in diesen 18 Monaten habe erdulden müssen; ich habe Arbeit, ich besinne mich wohl, meine Rhetorik ist bezahlt. Was noch? — Ich habe Alles vergessen, warum habe ich mir nicht Alles aufgeschrieben!

Ihre Gedanken wandten sich etwas Anderem zu, sie vergegenwärtigte sich, in welchem Zustand sie ihn antreffen würde.

Neunzehn Monate sind verfloßen, seit ich ihn nicht gesehen. Man erzählt, daß man die Gefangenen ungenügend ernährt, daß man sie übermäßig arbeiten läßt. Er wird bleich sein. Sein Gesicht wird gefärbt sein, wie die Wände in der Zelle.

Sie atteste bei diesem Gedanken, aber einen Augenblick später sah sie ihren Jean im Geiste vor sich stehen; freudestrahlend sah er sie an, sein Lächeln, dieses süße Lächeln, wie würde es sie bezaubern. Und wenn man ihm ankündigt, daß seine Julie da ist, wie wird er sofort aufspringen, wie glücklich wird er darüber sein, daß sie ihn auf einen trostlosen Augenblick seinem trostlosen Dasein entrückt. Und wie wird er sie auch im nächsten Jahre sehnsüchtig erwarten.

Sie begann im Geiste den Wortlaut seines letzten Briefes zu wiederholen, sie kannte ihn auswendig.

Sie hatte ein ganzes Jahr von ihrem karglichen Lohn gespart, hatte gehungert und gefroren, nur um das notwendige Reisegeld zu haben.

Als aber im Dezember sie jene schreckliche Krankheit befiel, waren ihre Pläne wieder zerstört. Damals glaubte sie sterben zu müssen, denn schreckliche Schmerzen hatte sie ausgehoben. Die kleine Summe, die sie sich abgehögert, war unweiderbringlich dahin. Von neuem hatte sie gespart, bis in die Nacht hinein geräht, daß ihr die Finger bluteten, gefroren, um die Summe von neuem herbeizuschaffen.

Der stellvertretende Herr Direktor, ein dünner, trockener junger Mann, lehnte zurück, er würdigte die Besucherin keines Blickes und ging in sein Bureau.

Die Gefangenenaußen kommen und gehen, man sieht endlich nach dem Oberaufseher.

Nach einem Augenblick wird es dauern, denkt das arme Weib und verbarrt regungslos auf ihrem Platz. Jedesmal, wenn die Thür aufgeht, glaubt sie ihren Mann eintreten zu sehen.

Ein Schauer ereignet sich, als sie daran denkt, daß man die Gefangenen wie wilde Thiere in einen Käfig steckt. Wie wilde Thiere? — Diese haben nur ein Gitter vor ihrem Käfig, aber hier, wo Menschen eingesperrt sind, giebt

u. s. w. hätten ohne die große sozialdemokratische Bewegung. Diese Bewegung aber einer, wenn auch oft allzu radikalen, so doch immerhin geordneten politischen Form und nicht als wilden revolutionären Ausbruch ermöglicht zu haben, das ist das Verdienst der politischen Freiheit.

Diese ganze Auseinandersetzung über den Werth der politischen Freiheit für den sozialen Fortschritt hat für uns heute nicht bloß ein theoretisches, sondern — leider! — auch ein starkes praktisches Interesse. Die dem Reichstag zur Entscheidung vorliegende sogenannte Umsturzvorlage beschränkt die zur Erzielung sozialer Fortschritte notwendige politische Freiheit auf das Unvermeidliche.

Die Umsturzvorlage ist die schwerste Gefahr für den sozialen Fortschritt, die wir seit Jahren gehabt haben. Sie bedroht die notwendige Grundbedingung derselben, die politische Freiheit, auf's Grinste, und sie verspricht durch vermehrte Qualereien der Führer des Proletariats Hölle und Verdammnis gegen die herrschenden Gremien in diesen nur noch mehr zu steigern, ohne die Uebertragung dieser Stimmung auf die große Masse des Volkes hindern zu können. Wer ihr zur Befriedigung verhilft, der laßt, das fürchten wir, eine schwerere Schuld in Bezug auf die soziale Entwicklung unseres Volkes auf sich, als wenn er alle bisher bei uns erfolgten sozialen Reformen wieder über den Haufen wirft.

Politische Rundschau.

Dant, den 5. Februar.

In der gestrigen Sitzung der Umsturzkommission hat einer der Regierungsvorläufer, ein gewisser Soldat, dem das diplomatische Benehmen und Winkelspielen jünger ist, endlich offen erklärt: ja wohl, das Umsturzgesetz soll gegen die Sozialdemokratie in erster Linie gerichtet sein. Es handelt sich um den § 112 des R.-St.-G.-B. Nach der bisherigen Fassung wurde derjenige mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, der eine Person des Soldatenstandes auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, und insbesondere eine Person des Berufsstandes auffordert oder anreizt, der Einberufung zum Dienst nicht zu folgen. Neu hinzugefügt soll werden, daß die Strafandrohung auch auf denjenigen Anwendung findet, der einen Angehörigen des Soldatenstandes auffordert oder anreizt, dem Befehl zu folgen. Des Weiteren soll folgender Absatz neu hinzugefügt werden: „Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren trifft denjenigen, der es unternimmt, einen Angehörigen des aktiven Heeres oder der Marine zur Theilnahme an Verbrechen zu verleiten, welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet sind. Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, ein bestimmtes, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtetes Verbrechen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“ — Abg. Dr. Barth (freil. Vereinig.) beantragte, die neuebestimmte Fassung zu streichen, dafür aber im Preßgesetz vom 7. Mai 1874 folgenden § 5a einzufügen: „Wer unbefugter Weise nicht von bestimmten Empfängern bestimmte oder an solche adressierte Drucksachen politischen Inhalts in größerer Anzahl in Räumen oder umschlossenen, zum ausschließlich militärischen Gebrauch dienenden Grundräumen niederlegt, wird mit Geldstrafe bis zu 50 Mk., im Wiederholungsfall nach zuvor wegen dieser Uebertretung erfolgter Verurtheilung mit Geldstrafe bis 150 Mk. oder mit Haft bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der Drucksachen politischen Inhalts in größerer Anzahl in unmittelbarer Nähe von Räumen oder von Grundräumen der bezeichneten Art in der Absicht niederlegt, daß die Exemplare von den daselbst verkehrenden Militärpersonen gesunden und gelesen werden.“

Die Konserverativen und die Reichspartei beantragen eine Verschärfung der Umsturzvorlage dahin, daß auch die Verurtheilung zu Gefängnisstrafe auf Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden könne. Generalleutnant v. Spitz. Für ganzen Vorlage habe die Noth der Zeit gezwungen, es solle und müsse umstürzlerischen Bestrebungen jeder Art entgegengetreten werden. Dabei seien auch die Interessen der Armee in hohem Grade bedroht, besonders hinsichtlich solcher Handlungen, welche geeignet sind, die Manneszucht zu lockern. Da habe man in erster Linie und speziell mit der Sozialdemokratie zu rechnen. So lange die Sozialdemokratie sich darauf beschränkt habe, auf gesetzlichem Wege die Lage der Arbeiter zu verbessern, habe die Armeeleitung dem ruhig zusehen können, denn solche Bestrebungen seien sehr wohl vereinbar mit der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, mit Königs- und Reichstreu und Religion. Aber seitdem die Sozialdemokratie eine revolutionäre, internationale Partei geworden, habe sich die Sache geändert. Offenbar strebe die Sozialdemokratie jetzt den gewaltsamen Umsturz an. Wenn sie zur Zeit thatsächlich Gewalt nicht anwende, so folge sie dabei lediglich dem Gebot der Klugheit und warte im Uebrigen ihre Zeit ab. Diefem Standpunkt habe auch Herr Bebel im vorigen Jahre in einer Rede in Wien Ausdruck gegeben. Wegen einer „Aufführung“ des Volkes, welche Verwilderung bedeute, habe die Militärbehörde nichts einzuwenden. Aber die Sozialdemokratie verführe unter Aufklärung lediglich die von ihr betriebene Abrechnung des Volkes zum Zwecke des Umsturzes. Sie suche in der Armee die Autorität zu untergraben. Das Aussehen dieser Drucksachen nenne die Sozialdemokratie Volksaufklärung. Mit Rücksicht auf dieses zielbewusste Vorgehen der Sozialdemokratie verlange die Militärverwaltung den Schutz des § 112, damit die Armee im Stande sei, ihre Pflicht nach

innen und nach außen zu erfüllen. — Abg. Dr. Barth erklärte, nach diesen Ausführungen unmöglich für § 112 stimmen zu können. Unumwunden habe der Redner zu sagen, daß es sich vorzugsweise um die Bekämpfung sozialdemokratischer Bestrebungen handle. Erhalte § 112 Gesetzeskraft, so werden daraus sich tausendfältige Verwidelungen ergeben. Jede, selbst die einfachste und selbstverständliche, z. B. die Familienbeziehung zwischen Soldaten und sozialdemokratischen Angehörigen, sei dann schon unter den § 112 zu bringen. Man sollte doch bedenken, daß fast der vierte Theil aller Wähler sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben habe. — General v. Spitz erwidert, daß er nur von solchen sozialdemokratischen Bestrebungen gesprochen, die geeignet oder darauf berechnet seien, die Manneszucht zu lockern. — Abg. Bebel erwidert, daß das Wort und konstatirt, daß die Ausführungen des Generalen Spitz seinen Zweifel darüber lassen, daß es sich bei der ganzen Vorlage nur um ein Ausnahmestück gegen die Sozialdemokratie handle. Die Regierung wolle doch verpflichtet gewesen, Beweise dafür zu erbringen, ob und in welchem Umfange denn die umstürzlerischen Bestrebungen in der Armee betrieben würden. Es müsse doch auch mitgetheilt werden, welche Resultate denn die fürzlich ganz unerwartete Durchsicht in den Räumen ergeben habe. Habe diese Untersuchung etwa § 112 gerechtfertigt? Bebel weist die Ungeheuerlichkeit des § 112, besonders des zweiten Absatzes, nach. Wenn er angenommen werde, kämen die schändlichen Konflikte in der Familie vor. Es könne ein Soldat bestraft werden, dessen Vater Sozialdemokrat sei oder umgekehrt. Kein Arbeiter der Artillerie-werkstätten, militärischen Laboratorien oder Marinewerkstätten dürfe sich dann mehr mit Militärpersonen über politische Zeit- und Streitfragen unterhalten, wenn er nicht Gefahr laufen wolle, benannt und bestraft zu werden. Bebel weist entgegen, daß mit vollem Recht die Untersuchung der militärischen Regierungsvorläufer zurück, daß die Sozialdemokratie eine systematische Agitation in den Räumen mit Zeitungen und Flugblättern betreibt. Der Abg. Spahn (Str.) erklärt, daß für ihn der § 112 in dieser Fassung unannehmbar sei, denn nach seiner Auffassung könne auch katholische Agitation damit getroffen werden. Der national liberale Vertreter in der Kommission, Enneccerus, spielte wieder, wie in der letzten Sitzung bei der Duellfrage, eine recht zweideutige Rolle. Ihm geht der § 112 zwar auch über die Dultschnur, doch mußte er den Sozialdemokraten zu, für das Gesetz zu stimmen, wenn, wie Bebel versichert habe, die Sozialdemokratie die Verführung der Soldaten zu den gefährlichsten Verbrechen nicht begangen wissen wolle. Die konserverativen Reaktionen, die in der Kommission seien, waren natürlich in ihrem Element. Der Graf v. Roon meinte, es sei Zeit, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen nach dem Grundsatz, daß die beste Vertheidigung der Angriff sei. Dem Volke müsse das Bewußtsein eingeimpft werden, daß es unehrenhaft sei, der Umsturzpartei, d. h. der Sozialdemokratie anzugehören. Herr v. Stumm dürfte auch nicht fehlen in diesem Kontext. Er ist ganz empört, daß der Abg. Barth aus dem Gesetz die Tendenz herauszulesen will. Die Form sei Nebensache, sagt der König Stumm, die Tendenz aber Hauptache. Am Schlusse seiner Ausführungen leistete er sich noch die geschmacklose Aeußerung, daß es ganz in der Ordnung sei, wenn die sozialdemokratischen Mitatoren nach Rammun deportirt würden. Bebel gab die einzig richtige Antwort, daß der Herr v. Stumm in seinem blödsinnigen Hoch nicht mehr ernst zu nehmen sei. Daß der § 112 angenommen werden wird, ist ohne Zweifel. Freilich wird man ihm eine Form geben, daß es ausgeschlossen erscheint, ihn anders als gegen Sozialdemokraten anzuwenden, das Zentrum wird's schon machen entsprechend seinem geheimen Kartellvertrag. Abg. Sieder (Str.) besaß sich vor Schluß der Sitzung denn auch zu erklären, daß sein Genoss Spahn mißverstanden sei. Eine prinzipiell ablehnende Haltung nehme seine Partei nicht zu dem § 112 ein und sei er überzeugt, daß sich eine annehmbare Formulierung schon finden werde. Beschlüsse wurden in der gestrigen Sitzung nicht gefaßt und die Beratung auf morgen vertagt.

Die Verletzung der Amtsverschwiegenheit wollen die konserverativen Abgeordneten in der Umsturzkommission durch Erweiterung der Umsturzvorlage mit höherer Strafe belegen. Sie haben beantragt, im § 353a des Strafgesetzbuches, der die Verletzung der Amtsverschwiegenheit von Beamten im Dienste des auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mk. bedroht, die geperit gebrauchten Worte zu streichen, so daß also die Strafbestimmung auf alle Beamten Anwendung finden soll. Ferner beantragen die Herren, dem Paragrafen folgenden Absatz anzufügen: „Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher es unternimmt, einen Beamten zu einer der im Absatz 1 bezeichneten strafbaren Handlungen zu verleiten, oder welcher ein Schriftstück oder eine Anweisung eines Vorgesetzten oder deren Inhalt, von denen er durch die Verletzung der Amtsverschwiegenheit von Seiten eines Beamten Kenntnis erlangt hat, veröffentlicht, oder welcher auf die im § 111a bezeichnete Weise eine nach Absatz 1 strafbare Handlung anstreift oder als erlaubt darstellt.“ Der Antrag stellt sich, wie der „Vorwärts“ nicht unzutreffend bemerkt, als eine „lex Norwicus“ dar. Man ärgert sich darüber, daß gelegentlich sozialdemokratische Blätter von amtlichen Erläuterungen Kenntnis erhalten und dieselben veröffentlicht haben und will dem durch drakonische Strafbestimmungen vorbeugen. Die besonderen Strafandrohungen für Beamte des auswärtigen Amtes im geltenden Strafgesetzbuch erklären sich daraus, daß man annahm, solche Beamte hätten Alles zu verschweigen, was sie in Ausübung des Amtes erführen, während andere Beamte sehr Vieles erfahren, das geheim zu halten nicht die

geringste Veranlassung vorliegt, dessen Veröffentlichung oft sogar von ungeheuren Werthe gewesen ist, wie beispielsweise in Bezug auf den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen über die Soldatenmishandlungen. Gewisse Kreise lassen sich aber offenbar von der Absicht leiten, die Umsturzvorlage zu einer allgemeinen Verschärfung der Strafparagrafen zu benutzen.

Zur Vertheilung der neuen Tabaksteuer-Vorlage liefert die „D. Tabakz.“ einen bemerkenswerthen Beitrag. Sie weist nämlich rechnungsmäßig nach, daß die Erhöhung des Eingangszollens auf Tabakfabrikate im Vergleich mit der vorjährigen Vorlage diejenigen Tabakkonsumenten, die ausländische Fabrikate konsumieren, entlastet. Eine Zigarre zum Fakturwerth von 150 Mk. kostet nach dem früheren Entwurf mit Zoll und Fakturafrakter 233 Mk., nach der neuen Vorlage aber nur 206,25 Mk. Die Zigarre stellt sich also, da eine Erhebung des Steuerzollsages bei fremden Fabrikaten nicht mehr stattfinden soll, um rund 27 Mk. billiger, ganz abgesehen von den Speien vor der Vertheuerung, auf der noch 33 1/3 v. H. Steuern ruhen sollte. Die ausländischen Zigarren (sog. Importen) rauchen natürlich nur Leute, die viel Geld haben. Demen steht eine Entlastung auch noch.

Die Vertheilung der Prädikatsstrafe ist für die „Kreuztg.“ der Maßstab für ein unbefangenes Urtheil über landwirtschaftliche Angelegenheiten. Zur Rede des nationalliberalen Agrarier Abg. Sieg im preussischen Abgeordnetenhaus sagt das Zentrallblatt: „Schon von vornherein konnte man von einem Herrn dieser Richtung, der im vorigen Jahre die Wiedereinführung der Prädikatsstrafe befürwortete, erwarten, daß er als Botschafter auch über landwirtschaftliche Angelegenheiten ein unbefangenes Urtheil werde abgeben können.“ Also nur, wer sich für die Prädikatsfrage begeistert, ist eines „unbefangenen Urtheils“ über landwirtschaftliche Dinge fähig. Perille des Zentrallblatt!

Der Abg. Bödel ist dem Rektor a. D. Ahlwardt gefolgt. Er ist ebenfalls aus der deutsch-sozialen Reformpartei ausgetreten und begründet seinen Austritt mit der Ausschließung Ahlwardts und der freisinnigen Haltung der antisemitischen Partei in der Umsturzvorlage.

Die „Frankische Tagespost“, unser Nürnberg-berger Parteiorgan, wurde am Sonnabend beschlagnahmt und der Redakteur Giermer wegen Vergehens wider die Religion in Untersuchung gezogen.

Sächsisches. Die Polizei löste in Leipzig die Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes (Sitz in Stuttgart) und des Glaserverbandes (Sitz in Wiesbaden) auf und verbot die anberaumten Versammlungen.

Ueber das Ende des Berliner Bierbojotts veröffentlicht Kommerzienrath Köhler in den „Preussischen Jahrbüchern“ (Heft 1) einen umfangreichen Artikel, der die Frage von Neuem „ansieht“: wer hat gesiegt? Herr Köhler schreibt den Sieg den Brauereien zu. Im Ubrigen klagt er über mangelhafte Unterstützung seitens der bürgerlichen Kreise, auch seitens der „bürgerlichen“ Presse. Was thut, die „bürgerliche“ Presse hat die Interessen des Großkapitalismus in diesem Falle sehr warm wahrgenommen, mit Ausnahme weniger Blätter, die in dem Kampfe um die Bierfrage eine unparteiliche Haltung eingenommen haben.

Frankreich.

Paris, 3. Febr. Die beschlossene Amnestie hat Rochefort aus der Verbannung zurückgeführt. Er lebte am Sonnabend nach Paris zurück. Die Journale berichten die Zahl der zum Emigranten Rochefort zusammengezogenen Menschen auf zweimalhunderttausend.

Italien.

Rom, 3. Februar. Herr Crispi hat eine neue Niederlage aus der heimathlichen Insel zu verzeichnen. Die Restantworte von Catania auf Syllien haben den sozialistischen Abgeordneten De Felice, der im Zuchthaus von Valtorta sitzt, mit 116 Stimmen in ihre Disziplinarkammer gewählt und dieses Ereignis der Tochter De Felices telegraphisch mitgetheilt. Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß die 116 Abstammten mit ihrem Votum zu Gunsten des Sozialismus demonstrieren wollten; sie wollten vielmehr auch diese Gelegenheit ergreifen, um gegen die Sozialpolitik Crispis und gegen dessen Repression der süllischen Bewegung zu protestieren. Erfolgt die Amnestie der von den Kriegsgerichten verurtheilten Sozialisten nicht bald, so wird man derartige Proteste auch in Zukunft zu verzeichnen haben. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sich die Regierung noch lange dem schon so häufig klar zum Ausdruck gelangten Volkswillen widerlegen wird, meint die „Frank. Ztg.“. In wenigen Tagen wird De Felice zum ersten Male, seitdem er im Zuchthaus sitzt, seine Tochter wiedersehen. Ueber die Audienz, in der die Tochter vor längerer Zeit von Crispi empfangen wurde, wird jetzt noch folgendes Detail erzählt: Crispi empfing das sechzehnjährige Mädchen sehr freundlich, wie um sie vergessen zu machen, daß er sie in der Kammer die Tochter eines Verbrechens genannt hatte. Crispi versprach ihr, sich für das Geschick des Vaters zu interessieren, küßte sie beim Abschied und bot ihr eine Unterstutzung von 500 Lire. Als Fräulein De Felice die Annahme dieses Geschenkes verweigerte, drückte Crispi es ihrer kleinen Schwester in die Hand. Als die Gattin De Felices das erfuhr, kam sie nach Rom, um Crispi diese Summe zurückzugeben. Crispi wollte sie jedoch nicht empfangen und erst später gelang es ihr, das Geld seinem Rabinetschef Pinelli wieder anzuhändigen, wobei es zwischen ihr und diesem Herrn zu einer sehr erregten Scene gekommen sein soll. — Es kennzeichnet die ganze Niedertrachtigkeit Crispis, daß er glaubt, ein paar Hundert Franken der Familie eines seiner Opfer, das er obenstehend noch beschimpft hat, anbieten zu dürfen und damit Alles gut zu machen. Er allerdings ist ja für Geld zu Allem bereit und nach sich selbst taxirt er Andere.

Verpachtung.

Zur Verpachtung des **Uhlhorn'schen Gartenlandes** am Kopperthörner Mühlenwege wird Termin auf **Sonnabend, 9. d. M., Abds. 7 Uhr** im **Joel'schen Wirthshause** zu Tonndiech anberaumt.
 Deppens, den 4. Februar 1895.
H. Reiners.

Geschäfts-Empfehlung.

Meine Vertretung einer bedeutenden **Berliner**

Uhren-Fabrik

bringe einem verehrlichen Publikum nochmals zur gefälligen Kenntniss. Ich bin in der Lage, **konkurrenzlos das Beste und zugleich Billigste** in dieser Branche zu liefern und bitte daher um gütigen Zuspruch.

Gleichzeitig mache bekannt, daß

Reparaturen

an Uhren wie sämtlichen mechanischen **Rufstücken** prompt und sehr billig ausgeführt werden.

H. Coldewey
 Tonndiech, Schmidtstr. 11.

**Mein Instrumenten-, Saiten-,
 Tabak- und
 Cigarren-Geschäft**
 sowie meine vortrefflichen

hellen und dunklen Biere
 bringe in empfehlende Erinnerung.

C. Beilschmidt,
 Neue Wilhelmsh. Str. 44.

Die Wollspinnerei

von
J. Möhlmann
 in Jever

empfiehlt **Red- und Strumpf-
 garne** in weiß, farbig und melirt,
 sowie naturgrau und ächt schwarz
 zu billigen Preisen. Das Garn
 ist aus bester hiesiger **Marisch-
 wolle** angefertigt, daher fest und
 kräftig.

Zu verkaufen:

**1500 bis 2000 Pfd. schöne graue
 Kapuzinererbsen**
 à Pfund 10 Pf.

Heiko Boeckhoff,
 Himmelreich bei Rüsterfel.

Arbeiter-Turnverein „Phönix“.**Einladung**

zu dem am **Freitag den 8. Februar** im Vereins- und
Konzerthaus „Zur Arche“ stattfindenden

II. Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, Freiübungen, Schauturnen,
 humor. u. ernsten Vorträgen u. Aufführungen,
 Pyramiden sowie nachf. Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Ball 75 Pf.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 30 Pf. bei den
 Herren Heilemann (Festlokal), Cornelius (am Markt),
 Buddenberg (Marktstr.) sowie bei sämtlichen anderen
 Mitgliedern zu haben.

Der Vorstand.

50 Pfennig-Bazar

21 Bismarckstrasse 21

dem Haupt-Parkeringang gegenüber.
 Beste und billigste Bezugsquelle in allen nur möglichen Haushaltungs-
 Gegenständen, Luxusartikeln und Spielwaren etc. etc.
 Vorzügliche abgelagerte Cigarren sowie preiswerthe Roth- und Weißweine.

Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung
M. Kariel

Wilhelmshaven, Neue Wilhelmshav. Strasse 1.

Meine **Herren- u. Knaben-Garderoben**
 zeichnen sich durch ganz besonders **schneidige Façons**,
 außergewöhnlich **gute, elegante Stoffe, saubere
 und haltbare Näharbeit** aus. Ich verkaufe mit sehr
 geringem Nutzen, meine Preise sind anerkannt
außerordentlich billig.

Auf jedem **Etikette** sind die Preise in **Mark und
 Pfennig** deutlich sichtbar, ein **Vorschlagen** ist daher
 gänzlich **ausgeschlossen** und bürge diese **festen
 Preise für streng reelle Bedienung.**

Gesucht

zu Ostern oder Mai d. J. ein **Water-
 Lehrling.**
C. L. Meyer, Bismarckstr. 2.

Gesucht

ein größeres Mädchen für den
Vormittag.
 Putzgeschäft **A. Lützen,**
 Berl. Marktstraße 1.

Gesucht

zum 1. März ein **Lehrling.**
C. Richter, Klempner u. Dachbedeckmstr.,
 Deppens, Schulstraße 8.

Zu miethen gesucht

Mitte März oder 1. April ein **kleines
 Unterhaus** mit vielleicht drei- oder vier-
 räumiger Wohnung, Stallung, Raum für
 Kartoffeln etc. Offerten mit Angabe des
 Mietpreises sind an die Expedition d. Bl.
 einzureichen.

Zu vermieten

eine **Familienwohnung** in meinem
 Haus **Anterstraße 7.**
Ferd. Krüger, Kohlenhändler.

Visiten-Karten

fertigt an **Buchdr. des Nordd. Volksbl.**

Turnverein „Phönix“.

Mittwoch den 6. Februar:
General - Probe.
 Das Turnen am nächsten
 Donnerstag fällt aus.
 Der Vorstand.

Sängerverein Frohhu.

Die nächste **Sängerkunde**
 findet **Donnerstag** statt.
 Um vollständiges Erscheinen der Mit-
 glieder ersucht
 Der Vorstand.

Die Geschichte des Sozialismus

Hefte 20 Pf.

Zu haben bei

C. Buddenberg.
Oldenburg.

Bei mir ist zu haben:

Umschurz und Sozialdemokratie.

Sämtliche Reden bei der Umschurdebatte
 im Reichstage nach amtlichem Stenogramm.
 2 Hefte à 15 Pf.

J. Diermann.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Brühlstraße 2

Sieben erschien bei uns:

Die allgemeine Arbeitslosigkeit,

ihre Ursachen und Beseitigung.

Von **C. O. Schmidt.**

3 Bogen 8° in elegantem Umschlag.

Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

In 12 Kapiteln legt der Verfasser die
 Ursachen der Arbeitslosigkeit und aller
 ihrer Beileitererscheinungen populär dar,
 erörtert dann im zweiten Theil die Mittel
 der theilweisen Abhilfe in der heutigen
 Gesellschaft und führt aus, wie nur mit
 der Beseitigung der heutigen Wirtschaftswir-
 tungsweise dieses soziale Gespenst der modernen
 Zeit gebannt werden könne. Wir em-
 pfehlen dieses zeitgemäße Schriftchen bestens.

Kräftig und rein schmeckende

Chines. Thees

u. gebr. Kaffees

empfiehlt die

Drogerie z. Rothenkrenz.

Berlstraße 10.

Masken-Anzüge

sind billig zu verleihen event. zu verkaufen.

Frau Gräbe,

Neue Wilhelmshavener Straße 66.

Danksagung.

Allen denen, die meiner geliebten Frau
 das Geleite zur letzten Ruhestätte gaben,
 sowie denen, die mir bei der traurigen
 Begebenheit so hilfreich zur Seite standen,
 insbesondere den Mitgliedern der Sterbe-
 kasse spreche ich meinen tiefgefühltesten
 Dank aus.

Sedan, den 5. Februar 1895.

Johann Hofmann.

Wulf & Francksen

Ausstellung fertiger Betten.

Einschläfige Betten

Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas
 mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25
 Unterbett 10,25
 2 Kissen 7,—

Wt. 27,50

zweischläfig Wt. 31,—

Einschläfige Betten

Nr. 10b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas
 mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50
 Unterbett 13,50
 2 Kissen 9,—

Wt. 36,—

zweischläfig Wt. 40,50

Einschläfige Betten

Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas
 mit 16 Pfund Halbhaunen.

Oberbett 17,50
 Unterbett 17,50
 2 Kissen 10,—

Wt. 45,—

zweischläfig Wt. 50,50

Einschläfige Betten

Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunen-
 körper. Unterbett aus roth. Atlas
 mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—
 Unterbett 20,50
 2 Kissen 12,—

Wt. 54,50

zweischläfig Wt. 61,—

Verantwortlich für die Redaktion: i. B. Karl Schicht, Druck und Verlag von Paul Hug, Weide in Dant.